



Fraktion Bündnis90/Die Grünen
im Rat der Stadt Drensteinfurt

Drensteinfurt, den 25.05.15

An den Bürgermeister Herrn Carsten Grawunder
und die Fraktionen im Rat der Stadt Drensteinfurt

Tagesordnungspunkt: Ablehnung von Atomtransporten durch Drensteinfurter Stadtgebiet

Die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen schlägt oben genannten Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Rates am 23. Juni 2015 vor und stellt unten genannten Antrag mit anschließender Beschlussfassung.

Die Beantwortung meiner Anfrage vom 19.08.2014 in der Sitzung des Rates vom 8. September 2014 hat ergeben, dass Transportgenehmigungen durch das BfS erteilt wurden, die Stadt Drensteinfurt jedoch nicht in Kenntnis von Atomtransporten durch ihr Stadtgebiet gesetzt wird. Mangels Unterrichtung über Transporte von Kernbrennstoffen sieht die Stadtverwaltung keine Möglichkeit, Maßnahmen zur Verhinderung oder zum Schutz der eigenen Bevölkerung zu treffen.

Dennoch wird in den Medien immer wieder von geheimen Urantransporten berichtet. Die Nutzung und der Transport von strahlenden Materialien stellen - insbesondere im Unglücksfall - ein erhebliches Risiko für die Gesundheit der Bevölkerung und die Umwelt dar.

Bündnis 90 /Die Grünen lehnen die Nutzung von Atomenergie, ebenso wie die von unkonventionellem Erdgas, ab und setzen sich stattdessen konsequent für die Bewahrung der Schöpfung, die Nutzung regenerativer Energien und Energieeinsparung ein.

Aus diesem Grund stellen wir folgenden Antrag an den Rat der Stadt Drensteinfurt:

Antrag auf Ablehnung von Transporten von Kernbrennstoffen durch Drensteinfurter Stadtgebiet.

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat Drensteinfurt lehnt Transporte auf Straße und Schienen von Kernbrennstoffen und seinen Vorprodukten, Uranerzkonzentrat und Uranhexafluorid (UF-6), sowie radioaktiven Abfallprodukten aus Atomanlagen durch die Stadt Drensteinfurt ab.

Der Bürgermeister wird beauftragt, diese ablehnende Haltung der Landesregierung, dem Bundesamt für Strahlenschutz, dem Eisenbahnbundesamt und dem kommunalen Spitzenverband Städte- und Gemeindebund NRW vorzutragen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit anderen von Atomtransporten betroffenen Kommunen ein kommunales Bündnis gegen Atomtransporte einzugehen. Wir machen hier vor allem auf die Münsterlandkreise und die Städte Gronau und Jülich aufmerksam.

Dieses Bündnis soll bei der Landesregierung und den zuständigen Stellen darauf hinwirken, dass diese Atomtransporte eingestellt oder massiv reduziert werden und umfassende Informationen an die betroffenen Kommunen über bevorstehende Atomtransporte erteilt werden, wie z.B. die Meldepflicht von Uranhexafluorid-Transporten.

Bis zur Aufhebung aller Transporte entlang der Transportstrecken sollen detaillierte und öffentlich bekannt gemachte Notfallpläne zum Schutz der Bevölkerung ausgearbeitet werden, Rettungspersonal geschult und gegebenenfalls personell verstärkt werden.

Begründung:

Nukleartransporte im Zusammenhang mit dem Betrieb von Atomkraftwerken und der Produktion von Atomwaffen stellen seit Jahren ein erhebliches Risiko für die Menschen entlang der Transportrouten dar. Die Geheimhaltung dieser Transporte durch Regierungen und Genehmigungsbehörden erhöht nochmals das Risiko und das Misstrauen. Die lange Liste an Transportunfällen und Beinahe-Katastrophen belegen das enorme Risikopotenzial von Urantransporten.

Neben Kernbrennstoffen geht es bei diesen Transporten vor allem um die beiden Vorprodukte Uranerzkonzentrat und Uranhexafluorid. Uranerzkonzentrat wird als feines, staubförmiges Pulver transportiert. Bei einer Freisetzung wird diese radioaktive Substanz vom Wind weiträumig verteilt, legt sich auf alle Oberflächen, wird leicht eingeatmet und setzt sich so im menschlichen Körper fest.

Uranhexafluorid besitzt neben seiner Radioaktivität eine extrem hohe chemische Giftigkeit. In Verbindung mit der Feuchtigkeit der Luft entsteht umgehend hoch ätzende Flußsäure, die eine sofortige Evakuierung der betroffenen Gebiete erforderlich macht.

Eine sofortige, angemessene und umfassende Hilfeleistung für die betroffene Bevölkerung von Seiten der Feuerwehr und anderer Hilfseinrichtungen ist äußerst problematisch. In Drensteinfurt kann von ehrenamtlichen Feuerwehrfrauen und –männern nicht zusätzlich eine Ausbildung auf diesem Gebiet verlangt werden!

Ein wirklicher Schutz ist nur gewährleistet, wenn keine Atomtransporte mehr stattfinden, denn Unfälle sind nie auszuschließen. Die Umsetzung der Punkte im vorliegenden Antrag ist ein erster Schritt auf dieses Ziel.

Da in der Beantwortung meiner Anfrage im September 2014 deutlich gemacht wurde, dass eine einzelne Kommune keine Möglichkeit hat, eine Änderung in der derzeitigen Praxis der Nukleartransporte durchzusetzen, ist ein gemeinsames Vorgehen mit anderen betroffenen Kommunen unerlässlich. Dazu soll ein kommunales Bündnis gegen Atomtransporte angedacht werden. Wir machen in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen bereits seit vielen Jahren bestehenden Initiativen wie SOFA Münster, .ausgestrahlt, BBU usw. aufmerksam.

Freundliche Grüße

Raphaela Blümer